



Hauptverband der  
österreichischen  
Sozialversicherungsträger

Bundesministerium für **Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz**

T + 43 (0) 1 / 71132-1211  
recht.allgemein@hvb.sozvers.at  
ZI. REP-43.00/16/0017

Präsidium des **Nationalrates**

Wien, 3. März 2016

Betreff: Jugendausbildungsgesetz

Bezug: Ihr E-Mail vom 26. Jänner 2016,  
GZ: BMASK-433.001/0003-VI/B/1/2016

Sehr geehrte Damen und Herren,

Der Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger nimmt wie folgt Stellung:

#### **Zu Art. 2 - § 5 Abs. 4 ABPG**

Unklar scheint die Situation von *Praktikanten*, welche eine Entschädigung erhalten und als Dienstnehmer zur Sozialversicherung angemeldet sind. Nach dem derzeitigen Gesetzeswortlaut würde auch in diesen Fällen eine Kontaktaufnahme durch die Koordinationsstelle sowie Einbindung des Dienstgebers erfolgen.

Zusätzliche administrative Aufwände sollten – durch entsprechend klare Regelungen – vermieden werden.

#### **Zu Art. 2 - § 6 ABPG**

Die Bestimmung sollte nochmals überdacht werden.

Sie bewirkt für alle Beteiligten zusätzliches Risiko sowie zusätzlichen administrativen Aufwand. Zur Beurteilung, ob und inwieweit die normierte Berechtigung tatsächlich vorliegt, wäre der Arbeitgeber jedenfalls gezwungen, sich nach dem Perspektiven- oder Betreuungsplan zu erkundigen.

#### **Zu Art. 2 - § 13 Abs. 2 ABPG**

Von der normierten Meldepflicht des Hauptverbandes wären sämtliche An- und Abmeldungen zur Sozialversicherung von Personen nach Beendigung der



Hauptverband der  
österreichischen  
Sozialversicherungsträger

Schulpflicht und vor Erreichen des 18. Lebensjahres umfasst. Das Gesetz dürfte jedoch nur meinen, dass Jugendliche, die ihre Ausbildung beenden, *zunächst von der Schule usw.* zu erfassen und zu melden sind und erst danach weitere Daten über den Hauptverband zu vervollständigen sind. Dies wäre klarzustellen.

Im Sinn effizienter Verwaltung wäre darüber hinaus sicherzustellen, dass auch im Bildungsbereich die Regeln eingehalten werden, die für die Verwaltung von Personendaten nach dem E-Government-Gesetz seit Jahren gelten (Verwendung der bereichsspezifischen Personenkennzeichen bPK, §§ 9 ff. E-GovG). Damit wäre der verwaltungstechnisch aufwändige Umweg über die Sozialversicherungsnummer nicht notwendig (noch abgesehen davon, dass nicht alle Jugendlichen eine Sozialversicherungsnummer haben müssen).

#### **Zu Art. 2 - § 13 Abs. 1 iVm § 17 ABPG**

§ 13 Abs. 1 kommt in Verbindung mit § 17 einer Selbstanzeige gleich. In Fällen, in welchen Erziehungsberechtigte eine Ausbildung anstreben und der Meldeverpflichtung nachkommen, erscheint eine Geldstrafe nicht gerechtfertigt.

Eine Geldstrafe sollte in jenen Fällen verhängt werden, in denen Erziehungsberechtigte fahrlässig oder vorsätzlich – somit durch schuldhaftes Verhalten – nicht für eine Ausbildung sorgen. Für Erziehungsberechtigte, welche nachweislich zumindest versucht haben, ihrer Verpflichtung nach § 4 nachzukommen und auch ihre Meldeverpflichtung nach § 13 erfüllt haben, sollte eine Befreiung vorgesehen werden.

Mit freundlichen Grüßen  
Für den Hauptverband:

Dr. Josef Probst  
Generaldirektor